

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

34. Jahrgang.

№ 65.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf., u. einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 19. März.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gedruckte Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Die Woche.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik brachte uns die vergangene Woche keine besonderen Ereignisse, vielmehr ließ die Spannung vollständig nach, welche die kriegerischen Worte Stobeleffs unter den europäischen Nationen hervorgerufen hatte. Das Gerücht von der bevorstehenden Allianz Deutschlands mit der Türkei stieß sofort auf entschiedenen Unglauben. Wir zweifeln zwar nicht, daß die Pforte ohne Weiteres zum Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Deutschland bereit sein würde; aber welcher Vorteil sollte aus solchem Bündnisse für uns erwachsen? Zu unserer Verteidigung brauchen wir vorläufig die Türken noch nicht und einen Eroberungskrieg führt Deutschland nicht im Schilde. Vortheile würde die türkische Allianz unserem Reiche also unter den jetzigen Umständen nicht bringen, wohl aber Nachteile, denn wenn zwei Staaten ein Bündniß schließen, so muß es doch gegen ein oder zwei andere Länder gerichtet sein, und eine deutsch-türkische Allianz müßte mindestens den Argwohn Rußlands, Englands und Frankreichs erwecken, drei Großmächte, mit denen wir aber, so viel an uns ist, im Frieden zu leben gedenken. Das durch die gegenseitigen Ordensverleihungen an Herzlichkeit und Vertrauen gewonnene Verhältnis Deutschlands und der Türkei läuft daher durchaus nicht auf eine Allianz hinaus, sondern es repräsentirt nur ein vorzügliches Einvernehmen beider Mächte, und dieses Einvernehmen hat die wichtigsten Folgen, die es in der Politik geben kann. Deutschland trug gegen die Türkei während der letzten politischen Epoche niemals eine feindselige Haltung zur Schau, das deutsche Reich strebte aber auch niemals unter der Maske der Freundschaft nach türkischen Ländern oder Balakongebieten, wie England und Frankreich mit Cyprien und Tunis es thaten und hinsichtlich Egyptens nur auf den geeigneten Moment warten. Außerdem will Deutschland den Rest der Türkei erhalten sehen, weil über deren vollständiger Befestigung nicht nur ein europäischer Krieg, sondern auch Folgen schwerster Bedeutung für Mitteleuropa entstehen können. Will die Türkei aber den kleinen Platz, den man ihr in Europa ließ, noch behaupten, so muß sie europäische Reformen einmal allen Ernstes in ihrem Lande durchführen. Diese Wahrheit scheint nach den Vorstellungen des deutschen und österreichischen Botschafters in Konstantinopel endlich Gehör gefunden zu haben und wir sehen seit Jahr und Tag die türkische Regierung eifrige Anstrengungen machen, ihre Verwaltung, ihre Finanzen, ihr Militärwesen und andere Angelegenheiten nach preussischem Muster umzuändern, wozu der Kaiser Wilhelm bereitwillig dem Sultan einige Beamte und Offiziere überlassen hat, die allerdings in Konstantinopel wahre Herculesarbeiten vorgefunden haben.

Bzüglich unserer inneren Angelegenheiten nahmen in der letzten Woche die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses das meiste Interesse in Anspruch. Das Haus wurde fast ausschließlich durch die Spezialberatung des Kultusbudgets in Anspruch genommen und griffen die ultramontanen Redner hierbei mehrere dem Centrum mißliebige Positionen in nachdrücklicher Weise an. Herr Dr. Windthorst verlangte sogar kurzer Hand die Aufhebung des kirchlichen Gerichtshofes, doch wurde natürlich diese Position gegen die Stimmen des Centrums bewilligt. Ebenso wurde die Forderung von 48 000 Mark für einen altkatholischen Bischof von den Centrumsrednern bekämpft und schließlich der Antrag des Centrums, diese Position wenigstens von dem Kapitel „katholische Kirchen und Geistliche“ getrennt aufzuführen, gegen die Stimmen der Liberalen und der Freikonserverativen genehmigt. Zu erwähnen ist noch, daß die Centrumsabgeordneten Reichensperger (Köln) und Windthorst in oft des Humors nicht entbehrenden Redewendungen über verschiedene angeblich unbefriedigende Zustände an deutschen Universitäten Klage führten, welche Klagen Kultusminister v. Götler in längerer, sehr interessanter Rede zurückwies. Die Aeußerung des Abg. Windthorst, daß an der Universität Berlin ein „Professorenring“ existire, dessen Befreiungen die Privatdozenten an ihrem Fortkommen hinderten, gab Anlaß zu einer lebhaften Plänkelei zwischen dem Abg. Windthorst und Virchow, wobei letzterer in drastischer Weise die Angriffe Windthorst's auf den Berliner „Professorenring“ als unbegründet zurückwies. — Wie offiziös gemeldet wird, besteht noch immer die Absicht einer

parlamentarischen Frühjahrssession des Reichstages. Die preussische Regierung will die Beratungen des Landtags zu Oftern auf längere Zeit unterbrechen und Mitte April den Reichstag zusammentreten lassen, um ihm das Tabaksmopol vorzulegen. Je mehr sich nun Stimmen für das Monopol erklären — und dies geschah in neuester Zeit in den verschiedensten Theilen Deutschlands — desto sicherer wird die Reichsregierung an ihren Plänen festhalten.

Eine berechtigte Freude herrschte in Oesterreich über das schnelle Niederwerfen der Injuriektion in Süd-Dalmatien und auch die in jüngster Zeit verbreiteten beneidenden Gerüchte von einer Mobilisirung Montenegro werden entschieden dementirt. Ebenso soll die Sendung des General-Adjutanten Plamenac von Cetinje nach Wien durchaus keinen politischen Zweck haben. In diesen Tagen trifft nämlich die älteste Tochter des Fürsten von Montenegro, Prinzessin Jorka, auf ihrer Reise von Rußland nach Cetinje in Wien ein und hat Plamenac lediglich den Auftrag erhalten, die Prinzessin nach Hause zu geleiten. — Das österreichische Abgeordnetenhaus nahm die Bedeckung des Okkupationskredits und das Finanzgesetz für 1882 nach den Anträgen des Ausschusses an. — Mit außergewöhnlicher Spannung sieht man einem Akte der Gesetzgebung entgegen, durch den die gegenwärtig am Staatsruder sitzende Partei sich auf lange Zeit die Herrschaft sicher zu stellen sucht. Es handelt sich dabei um eine Abänderung des Wahlgesetzes. Der Urheber dieser Idee, ein ezechischer Abgeordneter, Dr. Zeitnamer, nach dem der fragliche Gesetzentwurf getauft worden ist, hat den Antrag gestellt, die gesondert wählende Gruppe der böhmischen Großgrundbesitzer, die bisher 23 Vertreter zum Reichsrathe kollektivisch wählte, in mehrere Abtheilungen zu zerlegen, um dadurch zu bewirken, daß in Zukunft die konservativ-ezechischen Elemente innerhalb derselben über die deutsch-zentralistischen die Uebermacht gewinnen. Bei der augenblicklich ziemlich schwachen Majorität der Regierung im Reichsrathe, deren Fortbestand durch die Unterstützung der Polen bedingt wird, ist eine derartige Abänderung, durch welche die Regierungspartei um einige zwanzig Anhänger verstäkt werden würde, von außerordentlicher Bedeutung und es begreift sich hiernach, daß die gegnerische Partei sich mit aller Kraft gegen die Verwirklichung dieser folgenreichen Neuerung zu wehren bemüht ist. Da die Regierung jedoch auf Seiten des Antragstellers fest und überdies in beiden Häusern eine genügende Anzahl von Anhängern besitzt, um diese nur mit einfacher Majorität durchzuführende Reform zur verfassungsmäßigen Sanction zu bringen, so ist es schon heute nicht mehr zweifelhaft, daß dieselbe in kurzem Gesetzeskraft erlangt haben wird.

In Frankreich war das gesammte politische Interesse während der letzten Woche auf zwei Dinge gerichtet: die Wahl zur Budgetkommission und auf Tunis. Erstere wird zwar erst in nächster Woche (Dienstag) vollzogen, allein die Vorbereitungen dazu fesselten die öffentliche Aufmerksamkeit im hohen Grade. Es wird sich bei dieser Gelegenheit zeigen müssen, ob Gambetta noch Anhang genug hat, um der Regierung gefährlich zu werden. Mehr noch als durch diese Wahl sieht die Regierung sich durch die tunesische Frage in's Gedränge gebracht. Die öffentliche Meinung verporreszirt weitere Opfer für die Behauptung der Stellung Frankreichs in Tunis und will nichts davon wissen, daß durch Schwierigkeiten in Egypten eine große afrikanische Frage geschaffen werde. Die der Regierung nahestehenden Blätter suchen denn auch nach Kräften zu beschwichtigen. Der „Temps“ kann erklären, daß England und Frankreich in der egyptischen Angelegenheit vollkommen und ununterbrochen einig seien und daß sie von Deutschland und Oesterreich die ausdrücklichsten Zusicherungen freundschaftlichen Bestandes erhalten hätten. Uebrigens sind sowohl in Tunis wie in Egypten die bisherigen Vertreter Frankreichs abgerufen und die Verwaltungssysteme geändert worden. Während in Tunis der Ministerresident Roustan sowohl die politischen wie auch die kommerziellen Angelegenheiten in seinen Händen hielt, wird sein Nachfolger Campon ausschließlich mit den ersteren beauftragt werden, die kommerziellen Interessen Frankreichs in Tunis dagegen der dortige neue französische Generalkonsul wahrnehmen. In Kairo mußte der französische Finanzkontrolleur Bignard zurücktreten, da er die politische Wirksamkeit neben dem französischen Generalkonsul auszuüben beanspruchte. Künftig wird die

politische Wirksamkeit in Egypten in den Händen des Generalkonsuls einheitlich konzentriert sein und unter dessen Autorität nun der neue französische Finanzkontrolleur Bredif seine Thätigkeit ausüben.

Die Königin von England ist in vergangener Woche von Windsor über Paris nach Mentone abgereist, wo sie in strengstem Inognito am Donnerstag eintraf. Öffentlich wird der Aufenthalt in dem herrlich gelegenen Mentone bald die peinlichen Eindrücke verwischen, welche das Attentat Mac Leans in der hohen Frau hervorgerufen mußte. — Im Uebrigen nehmen die Dinge im stolzen Albion einen ungemein schwerfälligen und trägen Gang. Der Parlamentskrieg scheint sich in eitel Dunst auflösen zu sollen, wenigstens spricht heute kein Mensch mehr von ihm. Die irische Frage steht auf dem nämlichen Punkte wie vor einem halben Jahre und die Reform der parlamentarischen Geschäftsordnung scheint ebenso verpuffen zu wollen wie die Frage der parlamentarischen Eidesleistung, die durch die Bradlaugh-Affaire aktuell geworden ist. Sprunghaft und ruckweise, wie sich die Entschlüsse Gladstone's häufig entwickelt haben, scheint auch das Charakteristische in der Politik seines Cabinets zu bilden, die augenblicklich einmal wieder darin besteht, keine zu sein. Aus den Verhandlungen der beiden Parlamentshäuser ist nichts von Belang zu berichten. Langsam und interesselos wie die ganze Politik schleppen auch sie sich fort.

In sämtlichen Kirchen der russischen Hauptstadt wurde der 13. März — der Todestag des unglücklichen Kaisers Alexander II. von Rußland — durch eine würdige Gedächtnisfeier begangen. Der Kaiser selbst wohnte mit der kaiserlichen Familie dem Gottesdienste in der Festungskirche bei, wo das kaiserliche Paar an den geschmückten Gräbern des ermordeten Kaisers und dessen Gemahlin tiefgegriffen Gebete verrichtete. Unmittelbar nach der Feier fehrte der Zar nach Gatchina zurück. Sein Bemühen, gute Beziehungen mit dem Berliner Hofe zu unterhalten, bekam dadurch erneuten Ausdruck, daß er sowohl dem deutschen Botschafter wie auch dem deutschen Militärbevollmächtigten in Petersburg werthvolle Andenken an den verstorbenen Czaren überreichte. Es heißt immer: „Wenn die Könige bauen, haben die Kärner zu thun.“ Wenn die Könige schenken — ja, da fehlt der Nachsatz. Diesen hat die Weltgeschichte noch nicht festzustellen vermocht. — Gegen Stobeleff sind keinerlei Maßregeln ergriffen worden; er wohnte aber der Taufe der Großfürstin Helene Wladimirovna in Jarstoj-Selo als geheimer Patheuzeuge bei. Vor einigen Tagen hat Griechenland wieder eine Ministerkrise durchgemacht, die damit endete, daß Herr Komunduros dem Führer der Opposition, Triantafis, Platz machte. Letzterer, ein in London erzogener Staatsmann, dem man große Bildung, staatsmännische Befähigung und viel Temperament nachsagt, soll als obersten Programmpunkt eine energischer Politik gegenüber der Türkei hingestellt haben. Der Sturz seines Vorgängers erfolgte, weil die bisherige Majorität sich aus Mißvergüngen und Unzufriedenheit mit seiner allzu großen Duldsamkeit gegenüber der Türkei zerbröckelte.

Die egyptische Regierung hat unter der internationalen Dynamitfurcht sehr zu leiden. Sie bestellte jüngst eine große Quantität Dynamit in Italien, um damit die Grasbären, welche den Nil oberhalb Chartum unsicherbar machen, zu sprengen. Die italienische Regierung, welche argwöhnte, daß etwas gegen den Suez-Kanal im Schilde geführt würde, verhinderte die Verschiffung des Dynamits. Ein Versuch, den Sprengstoff aus England zu beziehen, scheiterte ebenfalls. Die Regierung hat jetzt begonnen, Dynamit selber zu fabriciren. So wird der Dynamit noch Förderer der „nationalen Arbeit“.

Tageschau.

Freiberg, 18. März.

Bei der gestrigen Fortsetzung der Kultusdebatte im preussischen Abgeordnetenhause kamen zwei wichtige Fragen zur Diskussion: die Gleichberechtigung der Gymnasien und Realschulen, sowie das Elementar-Unterrichtswesen. Nachdem einige Redner die unbehinderte Zulassung der Realschul-Abiturienten zum Universitätsstudium befürwortet, erklärte der Kultusminister v. Götler die aufgeworfene Frage für eine ungemein schwierige. Die Strömung zu Gunsten der Realschulen sei allerdings eine sehr